

Heuchelei und Doppelmoral

Von Dr. Helmut Linssen, MdL, Generalsekretär der NRW-CDU

Stets und immer war die SPD-Landesregierung an vorderster Front zu finden, wenn es galt, in maßlosen und polemischen Kampagnen gegen die Bonner Gesundheitsreform und damit gegen Norbert Blüm zu Felde zu ziehen. Nicht zuletzt Johannes Raus Parteitagsrede am 20. November war hierfür ein abschreckendes Beispiel.

Und heute, nicht einmal vier Monate später? Ungeniert — nach dem Motto: was kümmert mich mein Geschwätz von gestern — intoniert die SPD-Landesregierung plötzlich das hohe Lied auf die Reform: Nahtlos überträgt sie die Bestimmungen des Gesundheitsreformgesetzes (GRG) auf das Beihilferecht für die NRW-Landesbeamten. „Gesundheitsreform nein danke, ja bitte“ lautet die Devise. Damit hat die SPD ihre beispiellose Hetzkampagne selbst als Heuchelei und kaum zu überbietende politische Doppelmoral entlarvt.

Originalton SPD zur Einführung von Festbeträgen für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel: „Eine ökonomische und sozialpolitische Mißgeburt, die zum Scheitern verurteilt ist.“

Originalton SPD-Landesregierung zur jetzt erfolgten Übernahme der GRG-Bestimmungen in das NRW-Beihilferecht: „So sind zum Beispiel aus Anlaß der am 1. September 1989 in Kraft getretenen Festbeträge für Arzneimittel zum Teil erhebliche Preissenkungen ... festzustellen.“

Originalton SPD-Landesregierung zur Einführung höherer Selbstbeteiligung beim Zahnersatz: „Untauglich und völlig unwirksam.“

Originalton SPD-Landesregierung bei der Übertragung in das NRW-Beihilferecht: „Um hier zu einem kostenbewußten Ver-

halten anzuregen, muß an einer Eigenbeteiligung festgehalten werden.“

Man kann NRW-Finanzminister Schleußer (SPD) nur zustimmen, wenn er feststellt: „Im übrigen hat auch der Beihilfeberechtigte von der Konzeption des Gesundheitsreformgesetzes Vorteile“, da es auch bei den privaten Krankenversicherungen zu Kosteneinsparungen kommen werde.

Und man kann die SPD-Landesregierung zu dieser späten Einsicht nur beglückwünschen. Ihre Rechnung, bei den NRW-Bürgern und -Bürgerinnen werde die unsachliche, unehrliche und polemische SPD-Hetzkampagne gegen Norbert Blüm schon in Vergessenheit geraten, diese Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. Dazu können wir alle beitragen. Durch sachliche Information über die erfolgreiche Reform. Und den „Salto rückwärts“ der NRW-SPD.

Krankenkassen würdigen die Gesundheitsreform

Nachdem bereits zahlreiche Krankenkassen ihre Beiträge zum Teil erheblich reduziert haben, teilt nun die Barmer Ersatzkasse (BEK) mit, daß sie zum 1. Juli 1990 ihre Beiträge von 12,9 auf 12,3 % senken will.

CDU-Generalsekretär Dr. Helmut Linssen, MdL:

Die CDU macht mobil für den Wahlsieg

10 Leistungsgarantien von Norbert Blüm

Am 31. März startet die CDU-Nordrhein-Westfalen in den Landtagswahlkampf. Auf ihrem Landesparteitag in Neuss gibt sie unserem Land und allen Bürgerinnen und Bürgern mit der WAHLPLATTFORM '90 neue Perspektiven für eine bessere Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Die aktuellen dramatischen Ereignisse in der Welt und das Scheitern des Sozialismus in Ost und West sind die Grundlagen für dieses umfassende Programm der CDU. Es bietet Antworten auf alle Fragen, die die neue Rolle Nordrhein-Westfalens in einem vereinten Deutschland und im grenzenlosen Europa jetzt fordert. Gleichzeitig eröffnet die CDU mit ihrer WAHLPLATTFORM '90 eine Offensive, die den Sieg am 13. Mai bringen wird.

Die dramatischen Veränderungen in der Welt und das Ende des Sozialismus in Polen, Ungarn, der DDR, der ČSSR, in Rumänien, Schweden und Nicaragua haben die Politik der CDU überzeugend bestätigt. Die Partei der Einheit, Freiheit und der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft hat gerade heute die richtigen Rezepte für die Probleme im neuen Deutschland, im neuen Europa und für Nordrhein-Westfalen. Denn unser Land rückt zum ersten Mal in seiner Geschichte in eine zentrale gesamteuropäische Position, die viele neue Chancen bringen wird und deshalb neue Antworten erfordert.

Der SPD-Sozialismus à la Rau kann diese Antworten nicht geben. Er ist nach 24jähriger Dauerherrschaft in Filz und Ideologie erstarrt. Immer mehr Bürger spüren, daß Rau sie mit Sprüchen statt Taten bedient. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat dagegen bewiesen, daß er heiße Eisen anpackt und Probleme meistern kann. Er wird am 31. März in Neuss den Wählerinnen und Wählern ein überzeugendes Kon-

zept für sein Regierungsprogramm vorstellen, dessen Grundzüge in der WAHLPLATTFORM der CDU verankert sind. Ganz konkret gibt Norbert Blüm in dieser Wahlplattform 10 Leistungsgarantien, die er als neuer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen durch seine Politik einlösen wird.

1. GARANTIE:

Sofortprogramm Wohnungsbau

Genügend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen und die Förderung des Eigenheimbaus sind eine der ersten Ziele der Regierung Blüm. In einem Sofortprogramm werden wir den sozialen Wohnungsbau wieder verstärkt fördern, das Planungsrecht durchforsten und die sozialdemokratische Genehmigungswirtschaft beseitigen.

2. GARANTIE:

Nicht länger mit Rau im Stau

Nordrhein-Westfalen hat einen traurigen Spitzenplatz bei Stau-Warnungen. Die



CDU wird sofort nach der Regierungsübernahme die aus ideologischen Gründen von der SPD gebremsten Verkehrsinvestitionen verstärken. Der Ausbau der A 44, der A 46, der A 31, der A 33, der A 430/B1 sowie der A 52 bekommt grünes Licht. Die im neuen Deutschland notwendigen neuen Ost-West-Verbindungen werden zügig geplant.

3. GARANTIE: Schutz vor Gewalt und Verbrechen

Die CDU wird unsere Polizeibeamten von der "weichen Linie" des gescheiterten Innenministers Schnoor (SPD) befreien und ihnen im Interesse der Sicherheit aller Bürger wieder Rückendeckung geben. Für die organisierte Kriminalität und Drogenmafia wird NRW zum heißen Pflaster.

4. GARANTIE: Zukunftschanzen für alle Kinder

Im Bündnis mit Eltern, Schülern und Lehrern wird die CDU am 13. Mai die sozialistische Schulpolitik Raus stoppen. Wir werden die kindgerechten Schulen schaffen, der Gesamtschule die Privilegien streichen, mit einem Zentralabitur eine objektive Leistungsbewertung schaffen und auch kleinen Schulen sowie kleinen Klassen wieder eine Chance geben.

5. GARANTIE: Im Mittelpunkt der Politik: Die Familie

Wie die Bundesregierung Helmut Kohl so wird auch die neue Landesregierung unter Norbert Blüm die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken. Nach dem 13. Mai wird die CDU als Ergänzung zum Bundeserziehungsgeld ein Landeserziehungsgeld von monatlich 600 Mark für ein halbes Jahr einführen. Dann

können alle Väter und Mütter in Nordrhein-Westfalen ab Juli 1990 bis zu 24 Monate ausschließlich für ihre Kinder da sein.

6. GARANTIE: Konkrete Hilfen für Alte

Die SPD hat die Alten in NRW an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Regierung Rau hat die Mittel für Alten- und Pflegeheime in den vergangenen zehn Jahren mehr als halbiert. Die CDU wird mitten in den Dörfern und Städten seniorengerechte Wohnungen bauen. Wer in Zukunft kündigt, um einen Schwerpflegebedürftigen zu helfen, dem wird das von der CDU regierte Land seine Rente finanzieren. Blüms Programm „Rente für Pflege“ wird ein Meilenstein sozialer Politik werden.

7. GARANTIE: Mehr Kindergärten

Nach einem Wahlsieg der CDU wird der Bau von Kindergärten stark gefördert. Unser Ziel: Jedes Kind hat Anspruch auf einen geeigneten Kindergartenplatz. Auch das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren wird erweitert.

8. GARANTIE: Neue Beschäftigungschancen

Das beste Programm gegen Arbeitslosigkeit ist die gute Wirtschaftspolitik der neuen CDU-Landesregierung. Wir werden mit neuen Ideen die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Schwerbehinderten fördern. Kampf gegen Arbeitslosigkeit heißt auch Kampf gegen Mißbrauch und Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung. Wir werden die wirklich Arbeitssuchenden vor der Verwechslung mit Arbeitsscheuen und Aussteigern schützen.

9. GARANTIE:**Kassensturz und Schuldenabbau**

Rau hat in seinen zehn Regierungsjahren die Schulden unseres Landes von 22 auf über 100 Milliarden Mark vervielfacht. Die SPD regiert auf Kosten unserer Kinder. Wir werden nach dem 13. Mai einen Kassensturz machen, Landesbeteiligungen zur Sanierung des Haushalts verkaufen und die Neuverschuldung drastisch zurückfahren.

10. GARANTIE:**Fairer Partner für den Sport**

Die SPD-Landesregierung hat den Sport und die Vereine lange stiefmütterlich behandelt, weil Sozialisten allen privaten Initiativen mißtrauen. Die Regierung Blüm wird ein fairer Partner und Förderer des Sports sein, die Landesmittel für Übungsleiter und Fachkräfte erhöhen und den Bau sowie die Modernisierung von Sportanlagen besser finanzieren.

Bundesverdienstkreuz für Renate Diemers

Renate Diemers, Landesgeschäftsführerin der Frauen-Union und Frauenreferentin der CDU Nordrhein-Westfalen, hat in der Düsseldorfer Parteizentrale aus der Hand des Landesvorsitzenden, Bundesminister Dr. Norbert Blüm, MdB, das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker verlieh ihr die hohe Auszeichnung als Anerkennung für ihre besonderen Verdienste um Volk und Staat im ehrenamtlichen Engagement.

Renate Diemers steht seit 27 Jahren im Dienste der CDU. Über ihre hauptamtliche Tätigkeit in den Landesverbänden Westfalen-Lippe und Nordrhein-Westfalen hinaus galt ihr unermüdlicher Einsatz

vor allem den Fragen, die die Frauen und die Familien betreffen.

Vor allem das Ziel, Frauen über systematische breitgefächerte Bildungsarbeit zu befähigen, selbst aktiv politisch mitzuwirken, verfolgte Renate Diemers über ihre eigentliche Arbeit hinaus auch im Christlichen Frauenbildungswerk Westfalen-Lippe e. V., dessen Geschäftsführung sie ehrenamtlich übernommen hat.

Landesvorsitzender und Bundesminister Dr. Norbert Blüm, MdB, würdigte insbesondere die Verdienste von Renate Diemers um die Frauen- und Familienpolitik. Renate Diemers habe darüber hinaus beharrlich und kreativ wesentliche Akzente in den aktuellen politischen Bereichen gesetzt.

Minister Blüm gratulierte Renate Diemers gleichzeitig zu ihrer Wahl als Bundestagskandidatin im Wahlkreis 92 Recklinghausen. „Die Tatsache, daß Sie erst heute, nach Ihrer Nominierung, die hohe Auszeichnung entgegennehmen, belegt in eindrucksvoller Weise, daß niemals der Eindruck erweckt werden könnte, eine demokratische Entscheidung sei im Vorfeld beeinflußt worden.“

Sie haben gezeigt, welche Wege erfolgreiche Frauen gehen können, und ich freue mich schon jetzt auf die Zusammenarbeit mit Ihnen in Bonn.“

Die Bundestagsabgeordnete Leni Fischer, Landesvorsitzende der Frauen-Union der CDU NRW, ging in ihrer Ansprache vor den zahlreich erschienenen Gästen vor allem auf den Ideenreichtum, den klaren politischen Verstand und das ausdauernde Gespür von Renate Diemers ein, wodurch sie viele inhaltliche Anregungen im Hinblick auf die Sache der Frauen und Familien gegeben und die Partei oft überzeugt hat.

„Ohne das tatkräftige, andere zum Mitmachen motivierende Engagement, das

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

CDA-Sozialausschüsse gedenken ihres Gründers Johannes Albers

Mitbegründer der CDU wurde vor 100 Jahren geboren/Kranzniederlegung in Köln

Der Gründer der CDA-Sozialausschüsse, Johannes Albers, wäre am 8. März 1990 einhundert Jahre alt geworden.

Johannes Albers wurde am 8. März 1890 in Mönchengladbach als fünftes von sieben Kindern einer Arbeiterfamilie geboren. Er starb am 8. März 1963 in Köln.

Der gelernte Schrift- und Maschinensetzer war von 1919 bis 1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln, ab 1924 auch Stadtverordneter der Domstadt und Vorsitzender der örtlichen Zentrumsgruppe. Während der Schreckens-

herrschaft des Nazi-Regimes war Johannes Albers aktiv im Widerstand. Er wurde 1944 verhaftet und unter der Anklage des Hochverrats zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Johannes Albers zählt zu den Mitbegründern der CDU. Er war Mitglied der Programmkommission der „Kölner Leitsätze“ und gehört zu den Vätern des Ahlener Programmes. Bereits 1945 begann Albers mit dem Wiederaufbau einer christlich-sozialen Arbeiterbewegung. Im August 1946 wurde er beim formalen Gründungskongress zum Vorsitzenden der Sozialausschüsse der CDU NRW gewählt. Dies blieb er bis zu seinem Tod. Bei der ersten Reichstagung der CDA im November 1947 in Herne wurde Johannes Albers neben Jakob Kaiser Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Nach dem Tode von Jakob Kaiser und Karl Arnold wurde Johannes Albers 1958 zum Bundesvorsitzenden der CDA gewählt.

Große Verdienste erwarb sich Albers u. a. auch in seinen langjährigen Tätigkeiten als Vorsitzender der CDU Köln (1945 bis 1963), als Mitglied des Bundestages (1949 bis 1957), als stellv. Vorsitzender der CDU Rheinland und Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

Die CDA-Sozialausschüsse NRW gedachten ihres Gründers mit einer Kranzniederlegung am Grab von Johannes Albers am 8. März auf dem Friedhof Köln-Junkersdorf sowie mit mehreren Gedenkveranstaltungen.

Renate Diemers über ihre eigentliche politische Arbeit hinaus seit Jahren mit einbringt, wären viele Vorarbeiten der Frauen-Union, die zu Beschlüssen der Gesamtpartei geführt haben, wären auch viele politische Aktionen und Entwicklungen innerhalb der CDU Nordrhein-Westfalen nicht möglich gewesen“, so Leni Fischer, MdB. „Es ist eine Freude und ein Gewinn, mit Renate Diemers zusammenzuarbeiten.“

Renate Diemers knüpfte an die Äußerungen der beiden Vorredner an: „Vieles ist gesagt worden, vor allem im Hinblick auf meine Arbeit für Frauen und Familien. Frauen- und Familienpolitik ist meine Arbeit, das ist richtig. Für mich gibt es aber nur eine Politik, die sich an den Menschen ausrichtet.“

Zur Menschenpolitik gehört für mich Nächstenliebe, denn nach einem Leitspruch von Martin Luther King ist das der Schlüssel zur Lösung der Probleme dieser Welt.“

Entschieden gegen Gewalt und Verbrechen

Sicherheit für unsere Bürger

Schluß mit der „Soft-Linie“ in NRW

Nicht einmal jede zweite der an Rhein und Ruhr registrierten 1,2 Millionen Straftaten wird aufgeklärt. Drogenkriminalität und organisiertes Verbrechen nehmen dramatisch zu, fast 60 000 Wohnungen werden pro Jahr von Dieben ausgeräumt, täglich werden in unserem Land 31 Raubüberfälle und 670 Pkw-Diebstähle verübt. Eindringlich warnten Experten beim Innenpolitischen Kongreß der CDU NRW vor einer neuen Festigung der terroristischen Strukturen gerade in NRW (so Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) und kritisierten die katastrophale Unterversorgung der NRW-Polizei: Mit einem Polizisten auf 405 Einwohner hält NRW eindeutig die „rote Laterne“ unter den Bundesländern. Mindestens 5 000 Polizisten fehlen in NRW, die Polizei ist den Aufgaben einer modernen Verbrechensbekämpfung weder personell noch technisch gewachsen. Dies ist die katastrophale Bilanz der von der Regierung Rau zu verantwortenden „weichen Welle“ bei der Kriminalitätsbekämpfung, die Rechtsbrüche seit Jahren toleriert und die Polizei bei ihrer schweren Aufgabe schäbig im Stich läßt.

Nachstehend Auszüge aus der **Rede von Norbert Blüm** vor dem Innenpolitischen Kongreß der CDU NRW (die Rede kann im Wortlaut bei der CDU NRW, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Wasserstraße 5, 5000 Düsseldorf, angefordert werden):

„So verständlich die heutige Freude darüber ist, daß Kommunismus und Sozialismus endgültig „ausexperimentiert“ haben, so dürfen wir doch nicht in Gefahr geraten, eine ebenso wichtige Aufgabe unseres Rechtsstaates aus den Augen zu verlieren: Die Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Land.

Eine Regierung, die hier wankelmütig ist, die nicht gewillt ist, Straftaten effektiv zu bekämpfen, die Straftaten ungesühnt läßt, die rechtsfreie Räume duldet, verletzt nicht nur das Vertrauen in die Solidarität ihrer Bürger. Sie ist zudem unsocial und undemokratisch, denn sie verrät

die Schwachen, sie verrät diejenigen, die wehrlos sind und sich rechtstreu verhalten.

Schwach und unfähig ist die Innenpolitik dieser Landesregierung. Sie hat über Jahre hinweg eine „Vogel-Strauß“-Politik betrieben, die zu einer schwerwiegenden Gefährdung der inneren Sicherheit geführt hat. So lange sich diese Landesregierung schwach zeigt und zuläßt, daß das staatliche Gewaltmonopol unbeachtet bleibt, wächst das Gewaltpotential in diesem Lande wie die Blume in einem Treibhaus.

Konsequenz ist eine rapide zunehmende Kriminalitätsentwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen.

So hat sich die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt (1988: 1 125 000 Straftaten). Statistisch gesehen werden in

NRW täglich z. B. 31 Raubüberfälle, 49 gefährliche Körperverletzungen, 4 Vergewaltigungen, 143 Wohnungseinbrüche und 670 Kfz-Diebstähle verübt.

Neuen Verbrechensformen wie der Organisierten Kriminalität, hier vor allem der Rauschgiftkriminalität, steht die Landesregierung weitgehend hilflos gegenüber. Ungestört von der Polizei machen die „Gangster-Bosse“ Milliarden-Umsätze. Der Drogenmißbrauch breitet sich aus wie ein Krebsgeschwür. Die Zahl der Drogentoten klettert jährlich auf neue Rekordmarken, und die Straftaten, die durch Rauschgiftabhängige begangen werden, weisen Steigerungsraten bis zu 80 Prozent auf, ohne daß die Landesregierung wirksame Gegenmaßnahmen ergreift.

Wenn Frauen nachts nicht mehr auf die Straße gehen können, wenn Frauen, von Angstgefühlen eingeschüchtert, sich nicht mehr von der S-Bahn nach Hause wagen, wenn Bürger sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher fühlen, dann ist dies ein alarmierendes Zeichen.

Schuld ist die SPD: Sie betreibt mit ihrer „weichen Linie“ eine Politik der inneren Unsicherheit.

- Es ist eine Strategie:
- der gefährlichen „Deeskalation“,
- des partei- und wahlaktischen Opportunismus,
- der ideologischen Instrumentarisierung der Polizei,
- des ungerechtfertigten Zurückweichens vor Gewalt,
- der Verniedlichung von Rechtsbrüchen.

Der Verlauf und das tragische Ende der Gladbecker Geiseltragödie haben uns auf drastische Weise vor Augen geführt, daß die Landesregierung mit ihrer angeblich

liberalen und sozialen Polizeiphilosophie kläglich versagt hat. Hier ist Schnoor einem für unschuldige Menschen tödlichen Irrtum erlegen, hier hat Schnoor als oberster Dienstherr der Polizei zudem fachlich und menschlich versagt.

Er hat die Polizei im Stich gelassen und sich vor klaren politischen Anweisungen gedrückt.

Dennoch, Rau und Schnoor bleiben ihrer Linie treu: Politik ohne Konsequenzen, Bekenntnis zur politischen Verantwortung ohne Folgen, leere Versprechungen.

Gladbeck ist aber nur ein Beispiel in einer Reihe gravierender Mißerfolge dieser „Soft-Linie“ der Verbrechensbekämpfung, für die allein Rau und Schnoor verantwortlich zeichnen.

In der Kiefernstraße, einer „anerkannten“ Stätte des Terrorismus, treiben militante Hausbesetzer und radikale Gewalttäter mit der Landesregierung ihr Possenspiel. Sie führen sie so vor, wie früher die Zigeuner ihren Tanzbär — mit einem Ring durch die Nase.

Aber nach Auffassung unseres Verfassungsministers Schnoor haben ja auch Terroristen ein Wohnrecht, aber nicht im „Knast“, wo sie hingehören, sondern in der Kiefernstraße. Schnoor setzt damit terroristische Gewalttäter mit gesetzesstreuen Bürgern gleich.

Wer auf diese Weise in völliger Verkenntnung rechtsstaatlicher Grundsätze mit Terroristen paktiert, übernimmt die politische und moralische Verantwortung für künftige Attentate, die im Umfeld der besetzten Häuser vorbereitet werden.

Es geht weiter! Gladbeck und Kiefernstraße waren kein Einzelfall.

Ich erinnere an Krawalle in Krefeld anlässlich des Besuches des damaligen

US-Vizepräsidenten Bush, ich erinnere an die Vorgänge bei der Verletzung der Bannmeile des Landtages im April 1988 und ich erinnere ferner an die illegale Blockade der Rheinbrücke in Rheinhausen im Januar 1988. Dort ließ Schnoor die Polizei zuschauen, anderswo läßt er Falschparker rigoros abschleppen. Für Schnoor mit seiner ideologischen Einstellung ist dies typisch: Denn für ihn ist die Polizei eine „bewaffnete Macht, die nach dem Krieg Teil der Arbeitsbewegung geworden ist“ (Frankfurter Rundschau, 5. 2. 1988).

Symptomatisch für das Zurückweichen der Landesregierung vor Gewalt und Verbrechen ist auch der sogenannte „Eier-Dieb-Erlaß“, weshalb es in NRW seit Jahren für Straftaten unter 100 DM keine Strafverfolgung mehr gibt.

Ich sage nur: Wehret den Anfängen! Denn die Kleinkriminalität ist auch Einstiegskriminalität. Jene, denen die Schwäche des Staates zukommt, fühlen sich bestätigt und ermuntert, weitere, schwerere Straftaten zu begehen.

Ein Klima, in dem das Recht umgedreht und verdreht wird, eine zweifelhafte politische Grundhaltung und eine ideologisch gefärbte schlagen auch durch auf den nach Aussagen des Innenministers „politischsten Teil der Verwaltung“, die Polizei.

Mutige und riskante Entscheidungen kann die Polizei bei einer solchen Grundhaltung nicht treffen. Jeder Polizist muß befürchten, daß ihn die Landesregierung im Ernstfall im Stich läßt.

Hier ist eine Politik gescheitert, die nicht nur die Polizei zutiefst verunsichert hat. Es hat eine Politik versagt, die auch dem Rechtsbewußtsein unserer Bürger schwersten Schaden zugefügt hat.

Die Schuld für diese Entwicklung liegt bei der Landesregierung und nicht bei der Polizei. Unsere Polizeibeamten schützen tagtäglich in schwierigen Situationen Leben, Gesundheit und Grundfreiheiten unseres Bürgers. Auf unsere Polizei wartet und ist Verlaß. Die Polizisten haben diesen Staat mitgeschaffen und sie müssen diesen Staat gegen Angriffe von rechts und links wirksam schützen. Dies tun sie in unserem Auftrag. Wir stehen zu unserer Polizei. Denn wir wissen, wie schwer ihre Aufgabe ist und Welch große Verantwortung sie für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit trägt.

Wir wissen auch, daß sie hierbei von dieser Landesregierung feige und schäbig im Stich gelassen wird.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß NRW bei einer Polizeidichte von einem Polizeibeamten für 405 Bürger bzw. in ländlichen Gebieten sogar nur 1:700 unter den Bundesländern die „rote Laterne“ trägt.

Nach Auffassung von Experten und des Innenministers selbst fehlen uns nach einem drastischen Personalabbau in den achtziger Jahren z. Z. ca. 7 200 Polizisten. Millionen von Überstunden jährlich müssen deshalb von unserer Polizei geleistet werden. Unsere Polizisten werden so unter einen enormen, fast unmenschlichen Leistungsdruck gesetzt. Doch unsere Forderung nach einer angemessenen Verstärkung der Polizei stößt bei der SPD seit Jahren auf taube Ohren, obwohl das Land allein für 1990 Steuermehrernahmen in Höhe von 5,2 Milliarden DM einstreichen wird.

Wir wollen ein Land, in dem sich die Menschen geborgen und sicher fühlen. Mit der CDU wird es deshalb keine Fortsetzung der weichen Linie geben. Für uns gibt es



Betriebs- und Personalratswahlen 1990:

Wählt gute Betriebs- und Personalräte!

Noch bis zum 31. Mai 1990 finden im ganzen Bundesgebiet wieder die Betriebsratswahlen in allen Betrieben, Unternehmen und Konzernen statt; nach dem

kein Kokettieren mit Rechtsbrechern, kein Zurückweichen vor Gewalt, keine Duldung rechtsfreier Räume.

Wir werden der Polizei das Personal geben, das sie benötigt, um Verbrecher dingfest zu machen. Für das Jahr 1990 werden wir deshalb auf Anhieb 2200 Polizisten einstellen. Wir werden ferner unverzüglich die zum 1. 1. 1990 von der Landesregierung gegen unseren massiven Protest in Kraft gesetzte Beförderungs-sperre abschaffen. Diese personalfeindliche Maßnahme wirkt nicht nur demotivierend und frustrierend, sondern macht es dem Land ... unmöglich, qualifizierten Polizeinachwuchs zu bekommen.

Wir werden in NRW einen nationalen Arbeitskreis „Kriminalpolitik“ ins Leben rufen. An diesem runden Tisch sollen nicht nur Regierungsvertreter, sondern auch Vertreter von Jugendverbänden, Kirchen, Elternvereinigungen und Vertreter von Sport- und Freizeitvereinen. Gefordert sind alle gesellschaftlichen Gruppen, Einrichtungen und Verbände, die mit ihrer Tätigkeit zur Kriminalitäts-verhütung beitragen. Denn wir müssen uns immer eines vergegenwärtigen: Kriminalitätsbekämpfung ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, eine Aufgabe

neuen Betriebsverfassungsgesetz für vier Jahre.

Etwa zeitgleich (1. April bis 30. Juni 1990) wählen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihre Personalräte nach dem Landespersonalvertretungsge-setz NW.

Es kommt bei diesen Wahlen nicht nur auf die größeren, viel beachteten Einhei-ten an, auch die kleineren Betriebe, Behörden und Sparkassen sind wichtig.

Um unseren Freunden in den vorgenann-teten Bereichen zu helfen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und Tips zu geben, hat die CDA auf Bundesebene, im Landesverband und den Bezirken Vorber-eitungsseminare angeboten und wird weitere durchführen.

Partnerschaft ist gefragt

Starke Betriebs- und Personalräte sind die Voraussetzung für eine gute Vertre-tung aller Arbeitnehmer. Mündige und mutige Betriebs- und Personalräte sind ein deutliches Zeichen sozialer Partner-schaft. Wer Partnerschaft statt Klassen-kampf will, muß selbstbewußte Betriebs- und Personalräte bejahen.

Norbert Blüm: „Die Sozialausschüsse und mit ihnen die CDU betrachten den Betriebs- bzw. Personalrat als eine Auf-gabe, der auch die Anerkennung der Öffentlichkeit gehört.“

Mit den Gewerkschaften

Wie Mandate in den Parlamenten in der Regel nur mit Hilfe einer Partei errungen werden können, erfolgt auch die Wahl zu den Betriebs- und Personalräten in aller Regel mit Hilfe der Gewerkschaften. Die Betriebs- und Personalräte bedürfen, um effektiv die Interessen der Beschäftigten vertreten zu können, der Unterstützung der Gewerkschaften.

Freunde helfen Freunden:

CDU NRW unterstützt Allianz in der Mark Brandenburg

In der DDR läuft die heiße Phase des Wahlkampfes zur Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Im Rahmen der großangelegten Unterstützungskampagne der CDU-Bundespartei für die „Allianz für Deutschland“ betreut der CDU-Landesverband NRW die Allianz in der Mark Brandenburg. Seit dem 19. Februar haben die Koordinierungsstellen in Ost-Berlin (Leitung: Hans-Dieter Lehnens) und die Kontaktbüros in den drei Landesbezirken Cottbus (Ansprechpartner: Josef Lipke), Potsdam (Ansprechpartner Herbert Nolte) sowie Frankfurt/Oder (Ansprechpartner Arnold Hillebrand) ihre Arbeit aufgenommen.

Der Wahlkampf der 41 Kreisverbände der Allianz in der Mark Brandenburg wird darüber hinaus materiell, personell und politisch unterstützt durch alle Kreisverbände der CDU NRW. Auch durch Kontaktaufnahme und Besuche von Mitgliedern unserer Kreisverbände in der Mark Brandenburg wird unter dem Motto „Freunde helfen Freunden“ aktive Wahlkampfunterstützung geleistet. Weitere Hilfe ideeller wie materieller Art ist herzlich willkommen.

Nachfolgend sind die Kontaktadressen der CDU NRW in der Mark Brandenburg aufgeführt:

- Koordinierungsbüro in Ost-Berlin (Herr Lehnens)

Hauptvorstand der CDU

Otto-Nuschke-Straße 59—60
1086 Berlin (Ost)
Tel.: (00372) 2288-384

- Für den Bezirk **Potsdam**:
Koordinierungsbüro der Allianz (Herr Nolte)

Otto-Nuschke-Straße 54/55
1570 Potsdam
Tel.: (003733) 22376

- Für den Bezirk **Cottbus**:
Koordinierungsbüro der Allianz (Herr Lipke)

Bahnhofstraße 21
7500 Cottbus
Tel.: (003759) 24212

- Für den Bezirk **Frankfurt/Oder**:
Koordinierungsbüro der Allianz (Herr Hildebrand)

Dr.-Otto-Nuschke-Straße 27a
1200 Frankfurt/Oder
Tel.: (003730) 22650/58/59

Weitere Informationen erhalten Sie über die Verbindungsstelle der CDU Nordrhein-Westfalen (Herr Bercker), Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 1360015.

CDU



NORDRHEIN-WESTFALEN



Norbert Blüms Gesundheitsreform auf klarem Erfolgskurs

Beitragszahler in NRW um 5,6 Milliarden entlastet

Von Hermann-Josef Arentz, MdL

Die von Norbert Blüm durchgesetzte Gesundheitsreform entlastet die Beitragszahler in NRW 1990 um 5,6 Milliarden DM. Ein Durchschnittsverdiener mit einem Monatseinkommen von 3500,— DM brutto kann damit rechnen, in diesem Jahr ca. 300,— DM an Krankenkassenbeiträgen einzusparen.

- Bereits zum 1. Januar 1990 haben in NRW 31 Innungskrankenkassen, 68 Betriebskrankenkassen und 20 Allgemeine Ortskrankenkassen ihre Beiträge um bis zu 1,1 Prozent gesenkt.
- Bei den Innungskrankenkassen fallen die Beitragssenkungen teilweise sogar noch höher aus (z. B. Duisburg 1,2 Prozent).
- Auch die mitgliederstarken Ersatzkrankenkassen haben erhebliche Beitragssenkungen beschlossen bzw. werden noch nachziehen. Erstmals seit mehr als drei Jahrzehnten fallen die Ausgaben für Arzneimittelkosten.

Diese Bilanz ist das Ergebnis einer konsequenten und mutigen Politik von Norbert Blüm, der das Gemeinwohl und die Zukunftssicherung eines der wichtigsten Sozialgesetze der Bundesrepublik gegen Gruppen- und Klientelinteressen durchgesetzt hat. Sie beschämmt insbesondere die SPD, die mit maßlosen und teilweise unehrlichen Kampagnen gegen die Gesundheitsreform gehetzt hat.

Termine

17. 3. 1990	10.00 Uhr	Konrad-Adenauer-Stiftung: Forum: „Weniger Bürokratie — mehr Deregulierung“ Parkhotel Schloß Hohenfeld (Auskünfte: Herr Lind, Tel. [02 51] 4 37 66)	Münster-Roxel
17. 3. 1990	10.00 Uhr	Landestagung CDA Stadthalle (Auskünfte: Herr Lindemann/Frau Reitz, Tel. [02 11] 1 36 00-57)	Ahlen/Westf.
17. 3. 1990		KPV NW, 87. Fachtagung „Kultur im Ballungsrandraum“ Aula Am Hammer (Auskünfte: Herr Modrow, Tel. [02 361] 58 99-20)	Leichlingen
21. 3. 1990	/ 10.00 Uhr	Fachtagung d. Landesagrarausschusses der CDU NRW Stadthalle Werl, Schützenstraße (Auskünfte: Herr Fenske, Tel. [02 11] 1 36 00 48/49)	Werl Kreis Soest
23./ 24. 3. 1990	13.00 Uhr	31. Bundestagung des EAK der CDU/CSU mit dem CDU-Landesvorsitzenden Norbert Blüm und dem EAK-Bundes- vorsitzenden Unihalle (Auskünfte: Tel. [02 28] 54 43 06)	Wuppertal
24. 3. 1990	10.00 Uhr	8. JU NRW-Tag „Energiepolitik“ (Auskünfte: Herr Solberg, Tel. [02 11] 1 36 00-43)	Olpe
31. 3. 1990	9.30 Uhr	7. Landesparteitag CDU NRW Swissotel Rheinpark	Neuss
8. 5. 1990	19.00 Uhr	Wahlkampf-Schlußkundgebung mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Spitzenkandidat Dr. Norbert Blüm Ruhrlandhalle	Bochum
ab	18.00 Uhr	Unterhaltsames Vorprogramm	